

SPD-Bundestagsfraktion

Rolf Hempelmann / Michael Müller / Ludwig Stiegler

Für eine Energiepolitik mit Zukunft

1. Die Energiepolitik rückt ins **Zentrum des Wahlkampfs**. Steigende Kraftstoffpreise, Heizkosten und Stromrechnungen signalisieren tagtäglich, dass das alte Energiesystem keine Zukunft hat. Wir können in diesen Fragen gut bestehen, denn wir haben begonnen, die Energiepolitik auf eine neue Basis zu stellen. Wir verfolgen eine **Linie der Vernunft**. Sie baut auf die drei Säulen Energiesparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien. Wir schreiben eine Erfolgsgeschichte, denn den ökologischen Produkten und Dienstleistungen gehört die Zukunft. Sie können international eine lange Welle von mehr Beschäftigung und Wertschöpfung auslösen.

Union und FDP wollen dagegen die Wende rückwärts. Sie wollen zurück zur Atomkraft. Sie wollen die Erneuerbaren Energien zurückdrehen. Sie denken nur in den überholten Strukturen der alten Versorgungswirtschaft. Sie sind zur Erneuerung nicht fähig. Doch angesichts der absehbaren globalen Verteilungskonflikte bei den Rohstoffen, der ökologischen Gefahren und der steigenden direkten wie indirekten Kosten ist die Fortsetzung unseres Weges in die Effizienzrevolution und Solarwirtschaft unverzichtbar.

2. Die seit über einem Jahr anhaltenden Preissteigerungen auf den internationalen Energiemärkten (die ihre Parallele zur Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten finden) sind zunehmend ein Thema für die Medien und Bürger. Angesichts der hohen **Benzin- und Heizölpreise** sowie anziehender **Gas- und Strompreise** müssen wir damit rechnen, dass die Erwartungen an die Politik zunehmen, gegen diese Belastungen der Energieverbraucher vorzugehen. Zudem versucht die Opposition, mit ungerechtfertigten Schuldzuweisungen an die rot-grüne Politik („Ökosteuer macht Heizen teuer“) zu punkten.

Um sowohl dem begründeten Erklärungsbedarf der Bürger als auch dem politischen Risiko begegnen zu können, haben wir nachfolgend einige Argumentationslinien sowie Hintergrundinformationen zusammengestellt.

3. Energiepolitik ist ein **Schlüsselsektor** unserer Volkswirtschaft. Dabei wird oft der Fehler gemacht, die verschiedenen Energieträger und Märkte zu vermischen. Die Märkte für Öl, Gas und Strom sind jedoch unterschiedlich strukturiert, ebenso die Sektoren Strom, Heizen und Verkehr. Der Slogan „Weg vom Öl“ hilft bei der Erklärung hoher Stromkosten wenig, da wir kaum Erdöl verstromen. Auch eine „Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke“ bringt bei Heizkosten oder Mobilität keine Entlastung.

4. **Die Handlungsreichweite und Durchschlagskraft der nationalen Energiepolitik hat in den letzten Jahrzehnten rapide abgenommen**. Viele Entscheidungsbefugnisse sind nach Brüssel delegiert worden oder werden von internationalen Abkommen (z.B. WTO) vorstrukturiert. Nationale Energiepolitik vollzieht oft das, was im

Grundsatz bereits entschieden wurde. Dennoch verbleiben erhebliche **Ausgestaltungsspielräume**, die verantwortungsvoll genutzt werden müssen.

Durch die von der EU in den 1990ern durchgesetzte **Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte** (mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen EU-Energiemarktes) wurde die Gestaltungsmöglichkeit von Politik zurück gedrängt. Dies ist von besonderer Bedeutung, da es sich um einen typischen Bereich der **Daseinsvorsorge** handelt, in dem der Staat eine besondere Verantwortung besitzt. Dies drückt sich u.a. durch unsere weltweit einmalig pluralistische kommunalwirtschaftliche Struktur aus. Die EU hat weitgehend das angelsächsisch geprägte Handelsmodell durchgesetzt. Profitiert hat sie dabei von der Globalisierung der internationalen Finanzmärkte, die dem Prozess der Liberalisierung des europäischen Energiesektors zusätzlichen Schub verliehen hat.

Im Unterschied zu Strom und Gas ist der **Ölmarkt** dem Zugriff der deutschen und selbst der europäischen Politik weitestgehend entzogen. Eine Regulierung findet nur indirekt über Umweltstandards und Steuern statt. Die Preisbildung liegt in der Hand der Marktteilnehmer, eine Preisaufsicht existiert faktisch nicht.

5. Energiepolitik ist grundlegende Strukturpolitik. Sie erfordert **Strategie statt Taktiken. Nachhaltigkeit statt Aktionismus**, eine langfristig angelegte Politik statt Effekthascherei. Es geht um

- **hochwertige und langlebige Investitionsgüter** (wie Kraftwerke, Autos, Häuser). Politik muss sich an diesen Zyklen orientieren;
- **Aufklärung der Verbraucher** über Energiesparmöglichkeit ohne Komfortverlust;
- **Erforschung, Entwicklung und den Einsatz** von effizienten, „energie-intelligenten“ Produkten und Techniken. Gerade unser – mit Ausnahme der Kohle– energiearmes Land kann sich verschwenderisches Wirtschaften nicht leisten, sondern muss auf den Rohstoff „Know-how“ setzen.

Unser Kurs der energiepolitischen Modernisierung ist auf lange Linien ausgerichtet. Wir haben

- mit dem **EEG** das weltweit erfolgreichste Fördermodell für die Stromerzeugung aus regenerativen Energien geschaffen. Das EEG und weitere Fördergesetze haben große Erfolge, vor allem bei der Nutzung von Wind und Solarenergie, gebracht. Technologisch steht Deutschland bei den erneuerbaren Energien in der internationalen Spitzengruppe. Daraus erwachsen große Chancen für unsere Exportwirtschaft. Insgesamt: ein klarer Erfolg für Umwelt, Klima und Wirtschaft;
- mit dem **EnWG** das deutsche Energierecht grundlegend modernisiert. Das neue Energiewirtschaftsgesetz sorgt für mehr Wettbewerb bei Strom und Gas. Wir stärken die Aufsicht über die Netze, schaffen mehr Transparenz über die Kosten und Renditen und setzen Anreize für Investitionen sowie für eine auch in Zukunft hohe Qualität der Energieversorgung;
- den **Klimaschutz** weiter voran getrieben. Wir haben unsere Verantwortung für den Klimaschutz ausgefüllt und unter schwierigen politischen wie ökonomischen Rahmenbedingungen eine anspruchsvolle Klimaschutzpolitik gemacht;
- als vertragstreuer Unterzeichner des **Kyoto-Protokolls** mit dem Emissionshandel ein modernes Instrument neben das alte als unflexibel kritisierte Ordnungs-

recht gesetzt. Dieses Instrument muss sich jetzt im europäischen Markt bewähren, ohne dass gegen die Interessen der Menschen spekuliert wird;

- für den deutschen **Steinkohlebergbau** eine verantwortungsvolle Regelung getroffen, die über 2010 hinaus angemessene Antworten auf die struktur- und sozialpolitischen Herausforderungen gibt. Den Menschen und der Region haben wir Sicherheit gegeben;
- ein **Energieforschungsprogramm** vorgelegt, dass die zentralen Herausforderungen unserer Zeit – Effizienz steigern und erneuerbare Energien marktreif machen – als Schwerpunkte der kommenden Jahre benennt;
- mit dem **Atomausstieg** den gesellschaftlichen Konsens über ein geordnetes Auslaufen der Atomkraft im Atomgesetz ermöglicht und Planungs- und Rechtssicherheit geschaffen. Der Atomausstieg liefert gesicherte Rahmenbedingungen für die – mit Blick auf das Alter der deutschen Kraftwerke dringend erforderlichen - Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen.

Zur aktuellen Industriestrompreisdiskussion

Kernbotschaften:

- Sondertarife für bestimmte Kundengruppen sind in allen Branchen und Wirtschaftszweigen üblich (Mengenrabatte, Pauschaltarife, etc.). **Wer Sondertarife pauschal als Subventionen bezeichnet und verurteilt, redet Unsinn.**
- Einige Unternehmen geben den Standort Deutschland, sogar den Standort Europa, auf. Die suchen nach „Sündenböcken“. **Politik soll für diese Unternehmerentscheidung gerade stehen**, ohne dafür verantwortlich zu sein. **Oder sogar noch dafür bezahlen. Dagegen wehren wir uns.**
- Wir stellen aber auch fest: Andere – gottlob die Mehrzahl – wollen bleiben und wollen investieren. Weil sie wie wir die Stärken des Standortes Deutschland sehen. Weil sie nicht nur kurzfristig auf einzelne Kostenpunkte schauen. Weil sie **Verantwortung für unser Land** empfinden. **Denen wollen wir helfen.** Und da **erwarten wir auch von den Stromkonzernen mehr Engagement.**
- **Aus guten Erträgen in Deutschland erwächst auch Verantwortung für Deutschland.**

6. Seit einigen Monaten mehren sich die Berichte über **schwierige Verhandlungen** zwischen großen Industriekunden und Stromkonzernen über neue Stromlieferverträge. Inzwischen liegen aus allen Teilen der Wirtschaft Beschwerden über hohe Strompreise bzw. angekündigte Preiserhöhungen vor.

Aktuell prägt der Fall der gescheiterten Strompreisverhandlungen zwischen Vattenfall-Europe und der „Hydro Aluminium Deutschland“ (Tochterunternehmen des norwegischen Energiekonzerns Norsk Hydro) die öffentliche Berichterstattung. Kaum berichtet wird: die Eigentümer haben bereits im vergangenen Jahr beschlossen, sich vom deutschen (und europäischen) Markt zurück zu ziehen, die Standorte zu schließen und ihre Aluminiumproduktion global neu zu ordnen (u.a. durch ein neues 500.000 Tonnen-Werk in Katar). Die derzeitige Strompreisdebatte ist Anlass, nicht Ursache, für die Schließung. Kein deutsches Unternehmen kann einen Wettbe-

werbspreis anbieten, der mit den Stromkosten in Island oder Katar konkurrieren kann.

Die Kupferschmelze „Norddeutsche Affinerie“, die ebenfalls massive Klage gegen die Strompreise führt, verzeichnet ihrerseits hohe Renditen und kündigt eine Dividenderhöhung an.

Zur Einordnung dieser Diskussion ist es wichtig zu wissen: 1999 und 2000 wurden im scharfen Preiswettbewerb für die Großkunden sehr lukrative mehrjährige Verträge (mit „Rabatten“ bis zu 50 Prozent) geschlossen, die seit Ende 2004 sukzessiv auslaufen. Das Strompreisniveau für Großabnehmer (frei ab Kraftwerk, ohne Netzkosten und Vertrieb) hat sich seitdem von 2,5 Pf/kWh auf über 3,5 Cent/kWh erhöht, für 2006 werden 4 Cent/kWh erwartet.

Inflationsbereinigt liegt der Strompreis für Industriekunden heute nicht höher als 1998. In der alten EU liegen wir im oberen Mittel **unsubventionierter** Preise. Sonderbezüge sind statistisch nicht erfasst. Die Preise in den neuen EU-Ländern sind nur bedingt vergleichbar und als Lieferanten derzeit auch nicht ausschlaggebend.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass mit „Kampfpreisen“ von 2,5 Pfennigen kein Kraftwerk im Vollkostenbetrieb läuft, geschweige denn investiert werden kann. Eine Modernisierung des deutschen Kraftwerksparks wird von den Unternehmen nur zu Vollkosten erfolgen. Unter 3,5 - 4 Cent/kWh Erlös wird kein unsubventionierter Neubau realisiert werden.

7. Die Vorwürfe zwischen Industrie und Stromwirtschaft gehen hin und her („Preismanipulation“, „Subventionsmentalität“). Die Politik ist bislang nicht Hauptadressat, sondern zur Hilfe bei der Lösungsfindung aufgefordert. Erkennbar sind jedoch die durchsichtigen Versuche, die „politischen“ Kosten des Stroms in den Vordergrund zu stellen.

Zugleich fordert die schwedische Konzernzentrale von Vattenfall, dass es künftig keinerlei Sondertarife oder „Subventionen“ für die Industrie geben darf, da im liberalisierten Wirtschaftsraum Europa der Preis sich allein am Markt bildet, in diesem Fall an der Strombörse EEX.

Dazu ist festzustellen, dass derartige **simple Lehrbuchweisheiten** über die Bildung von Preisen komplett an der Realität vorbei gehen. Der Strompreis ist dem Einfluss einer Vielzahl von Faktoren ausgesetzt, von denen die „Veredelung“ durch Preisbildung an der Börse nur die letzte Stufe darstellt. Zudem ist gerade die Strombranche über Jahrzehnte hinweg üppig mit Subventionen bedacht worden und hat unter den Rahmenbedingungen der alten Gebietsmonopole ihrerseits aktive Industriepolitik betrieben (z.B. haben die Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg über Jahrzehnte hinweg die Aluhütte über ihren Haushaltskunden-Stromtarif mitsubventioniert, Verluste der HEW wurden vom Land Hamburg gedeckt).

Drei Behauptungen – alle drei falsch

Behauptung: Atomstrom macht den Strom billiger. Die Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke bringt - zumindest für Teile der Industrie - billigeren Strom und damit eine Verbesserung der intentionalen Wettbewerbsfähigkeit.

Fakt: Die Atomwirtschaft lehnt jegliche Konditionierung einer Laufzeitverlängerung ab. Branchenchef Walter Hohlefelder (E.ON-Vorstand, Präsident des Deutschen Atomforums) hat dies in einem Interview in der Berliner Zeitung (9. August 2005) formuliert. Das „Geschäft“ Gewinnverzicht gegen Laufzeitverlängerung ist eine Luftbuchung.

Behauptung: Das EEG macht den Strom teuer. Die Förderung der Erneuerbaren Energien verteuert den Strom erheblich und belastet dadurch Verbraucher und Wirtschaft.

Fakt: Das EEG macht knapp 4 Prozent der Stromrechnung aus. Ein Durchschnittshaushalt (drei Personen, 3500 kWh Jahresverbrauch) hat 2004 für das EEG weniger als 20 Euro bezahlt. 2005 werden es voraussichtlich rund 23 Euro sein.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass für stromintensive Unternehmen im EEG (wie auch im KWK-Gesetz und bei der Ökosteuern) Sonderregelungen geschaffen werden, um die Belastung zu begrenzen. Das EEG ist im europäischen Vergleich nachweisbar günstiger als andere Wege der Förderung (Ausschreibungen, Quote).

Behauptung: Die Ökosteuern macht das Benzin teuer. Die Ökosteuern ist der Preistreiber an der Tankstelle. Ohne Ökosteuern wäre das Tanken für alle viel billiger.

Fakt: Mit der Ökologischen Steuerreform haben wir seit 1998 bis heute in fünf Schritten die Mineralölsteuern auf Benzin und Diesel um insgesamt 15,3 Cent je Liter erhöht. Im gleichen Zeitraum ist an den Tankstellen der Durchschnittspreis für Normalbenzin von 0,78 Euro auf 1,27 Euro (+ 49 Cent) und für Diesel von 0,58 Euro auf 1,12 Euro (+ 54 Cent) angestiegen. Die Ökosteuern macht demnach weniger als ein Drittel der Preissteigerungen aus.

Die Einnahmen aus der Ökosteuern fließen zu rund 90 Prozent in die Rentenkassen und entlasten alle Beitragszahler um derzeit rund 16 Mrd. Euro jährlich. Wer die Ökosteuern abschaffen will, muss das Geld an anderer Stelle eintreiben.

8. Ölpreisentwicklung: Der Ölpreis liegt heute um mehr als das Sechsfache über dem zur Jahreswende 1998/1999 (10/65 \$/bl) und damit inflationsbereinigt erstmals über eine längere Zeit hinweg deutlich über der Marke der beiden Ölpreiskrisen der 1970er Jahre.

Da die Ölförderkosten im gleichen Zeitraum kaum gestiegen sind und die notwendigen Neuinvestitionen nach fast einem Jahrzehnt der Investitionszurückhaltung erst anlaufen, verbleiben die Gewinne fast ausschließlich bei den großen Ölkonzernen. Mehr als 80 Prozent des internationalen Ölgeschäfts werden von staatlichen Unternehmen beherrscht, nur gut 15 Prozent sind im eigentlichen Sinne privatwirtschaftlich organisiert.

In Deutschland wird nur lediglich knapp 3 Prozent des eigen verbrauchten Öls gefördert (in Niedersachsen und im Wattenmeer). 2004 bezogen wir 8 Prozent aus dem Nahen Osten, 15 Prozent aus Afrika (Algerien, Libyen), 34 Prozent aus Europa

(Großbritannien, Norwegen) und 42 Prozent aus der GUS (allein 34 Prozent aus Russland).

Aufgrund der deutlich geringeren Energieintensität der deutschen Wirtschaft und der gesunkenen Bedeutung von Öl als Primärenergieträger in den Sektoren Haushalte (Raumwärme) und Industrie sind die volkswirtschaftlichen Auswirkungen heute geringer als in den 1970er Jahren. Die „Ölintensität“ unseres Bruttoinlandsproduktes hat sich seit 1970 halbiert. Im europäischen Vergleich erweist sich die deutsche Volkswirtschaft als relativ robust. Als rohstoffliches Ausgangsprodukt vor allem in der Petrochemie sowie im Bereich Mobilität wirkt die nach wie vor fast absolute Ölimportabhängigkeit jedoch unbestreitbar konjunktur- und kaufkraftdämpfend sowie inflationstreibend.

Wesentliche Faktoren für den von keiner relevanten Analysten- oder Forschungsgruppe so voraus gesagten anhaltend steigenden Ölpreis sind

- das entgegen allen Prognosen seit rund 15 Jahren anhaltend hohe Wachstum (über 9 Prozent) in China sowie ebenfalls sehr hohe Wachstumsraten in Indien und Teilen Südostasiens. Stromengpässe in China führen zur ineffizienten Stromerzeugung mit Öl/Dieselaggregaten. Die massive Automobilisierung verschärft diese Situation.
- weitgehend ausgereizte Förderkapazitäten in den arabischen Förderländern. Der Spielraum für zusätzliches Öl wird auf unter 1 Mio. bl/d geschätzt. Neue Förderkapazitäten kommen aufgrund der Investitionsvorläufe erst mit erheblichem zeitlichem Verzug auf den Markt.
- die unsichere politische und ökonomische Lage in wichtigen Förderländern sorgt zusätzlich für Preisaufschläge:
 - Der Irak ist entgegen den amerikanischen Erwartungen weit davon entfernt, ein sicheres Ölförderland zu sein. Er kann nur Teile seiner Kapazitäten ausschöpfen.
 - Saudi-Arabien hat den Höhepunkt der Ölförderung überschritten und ist politisch nicht stabil.
 - Venezuela wird aufgrund der politischen Konflikte von den USA nicht mehr als „sicheres“ Lieferland bewertet.
 - Die politisch-militärische Krise um den Iran verstärkt den Risikoaufschlag für Mittelost-Öl.
 - Die marktwirtschaftliche Grundausrichtung Russlands ist – zumindest aus angelsächsischer Sicht - durch den Yukos-Skandal in Frage gestellt.
 - China tritt international zunehmend als Nachfrage-Konkurrent v.a. zu den USA auf und kann sich dabei auf historisch einmalige Devisenreserven und Bilanzüberschüsse stützen.
- Der Handel mit Öl entwickelt sich weg vom physischen Handel (wet barrels) zum Handel mit „Papieröl“ (paper barrels). Dieser Papiermarkt ist seit dem Platzen der New Economy Blase sehr attraktiv geworden. Finanzstarke Fonds gehen in dieses spekulative Geschäft. Wie hoch dieser „Spekulationsaufschlag“ ist, kann nur geschätzt werden.

Für die Bildung des Benzin- und Dieselpreises kommt hinzu, dass in den USA seit mehr als 20 Jahren keine neuen Raffinerien gebaut wurden und dieser Markt regel-

mäßig in Europa große Mengen nachfragt, was zu Verknappungen führt. Unvorhergesehene Ausfälle großer Raffinerien durch Brände/Natureinflüsse schlagen ungebremst auf den Preis durch.

9. Gaspreisentwicklung: Durch die in den Bezugsverträgen der Gasimporteure enthaltene Kopplung des Gaspreises an den Mineralölpreis (Ölpreisbindung) folgt Gas der Entwicklung des Ölpreises. Als Reaktion auf steigende Energiepreise gerät die Preisgleitklausel, mit der die Preisentwicklung von Erdgas an die von Heizöl (und damit faktisch an den Ölpreis) gekoppelt wird, in die Kritik. Verbraucherschützer und Bundeskartellamt fordern die Abschaffung dieser Preisbindung und verweisen auf die ungekoppelte Preisbildung in anderen Märkten. Eine ungekoppelte Preisbildung ist angesichts der geringen Zahl der Lieferanten, der hohen Abhängigkeit sowie der langfristigen Infrastrukturbindung nicht ohne Risiko.

Die Bildung des Gaspreises nach dem Prinzip des so genannten „anlegbaren Preises“ resultiert aus der Gasgewinnung als Kuppelprodukt bei der Kohleverkokung. Auf der Suche nach einem Preis für dieses Produkt orientierte man sich an den vom Einsatzzweck her konkurrierenden Energien. Dies war das leichte Heizöl auf dem Wärmemarkt. Der anlegbare Preis wird anhand einer Formel entwickelt, die neben dem Preis des Konkurrenz-Energieträgers auch die Vorteile des Gases für den Kunden (z. B. Anwendungsvorteile, ersparte Lagerkosten) berücksichtigt. Faktisch enthält der Gaspreis einen „Produktqualitätsaufschlag“ und liegt fast immer leicht über dem Heizölpreis.

Die Preisgleitklausel wurde Mitte der 60er Jahre unter Federführung der Ruhrgas AG eingeführt, um Erdgas auf dem Wärmemarkt konkurrenzfähig zu machen, eine flächendeckende Versorgung mit Gasanschlüssen durchzusetzen und einen langfristig gesicherten Kundenkreis zu akquirieren. Heute wird Erdgas zu rund 80 Prozent importiert. Hauptlieferländer sind Norwegen, Russland und die Niederlande (zusammen rund 75 Prozent).

In Zeiten steigender Rohölpreise steigt auch derjenige für Erdgas: allein zwischen Juni 1999 und Juni 2000 um rund 20 Prozent, bis heute hat er sich mehr als verdoppelt. Jedoch ist er aus demselben Grund zwischen 1985 und 1998 auch um etwa 30 Prozent gesunken. Allerdings geben nicht alle Gasversorger zügig und vollständig diese Effekte an alle Kunden weiter. Hieraus erwachsen Klagen und Gerichts- bzw. Kartellamtsentscheidungen.

Die Beschaffung des Gases ist in der Regel über langfristige Lieferverträge vereinbart. Bei der Preisgleitklausel handelt es sich somit um eine **privatwirtschaftliche Vertragsvereinbarung**, die den Gasproduzenten Planungssicherheit für kostenintensive Förderprojekte garantieren soll. Zugleich schützen sich die Importeure vor der oligopolistischen Marktmacht der Produzenten. **Der Staat ist an diesen Vereinbarungen nicht beteiligt.**

10. Je nach Entwicklung des Ölpreises, dem der Gaspreis mit einer Zeitverzögerung (in der Regel nach 6 Monaten) in der wesentlichen Größenordnung folgt, gerät das System in die Kritik der Anbieter oder der Nachfrager. In einer Phase niedriger Ölpreise wurde von Produzentenseite die Bildung einer „Gas-OPEC“ gefordert, um höhere Preise durchsetzen zu können. Angesichts der sehr begrenzten Zahl der Lieferanten muss davon ausgegangen werden, dass ein solches Kartell erheblich wirkungsvoller als die OPEC wäre. Insofern enthält ein Ausstieg aus der Gaspreisbin-

dung ein Risikopotential, die man an den Preisvolatilitäten auf dem – nicht gebundenen – britischen Gasmarkt beobachten kann.

Die Liberalisierung im Gasmarkt wird voraussichtlich nur in dem Maße zu Preissenkungen führen, wie die Gas-Verbundunternehmen durch den Wettbewerb das Gas günstiger zum Kunden bringen werden und dies auch gegenüber den Gasproduzenten durchsetzen können. Deshalb werden die unmittelbaren Preiseffekte der Liberalisierung eher bescheiden sein. Dies gilt auch mit Blick auf die Netzregulierung.

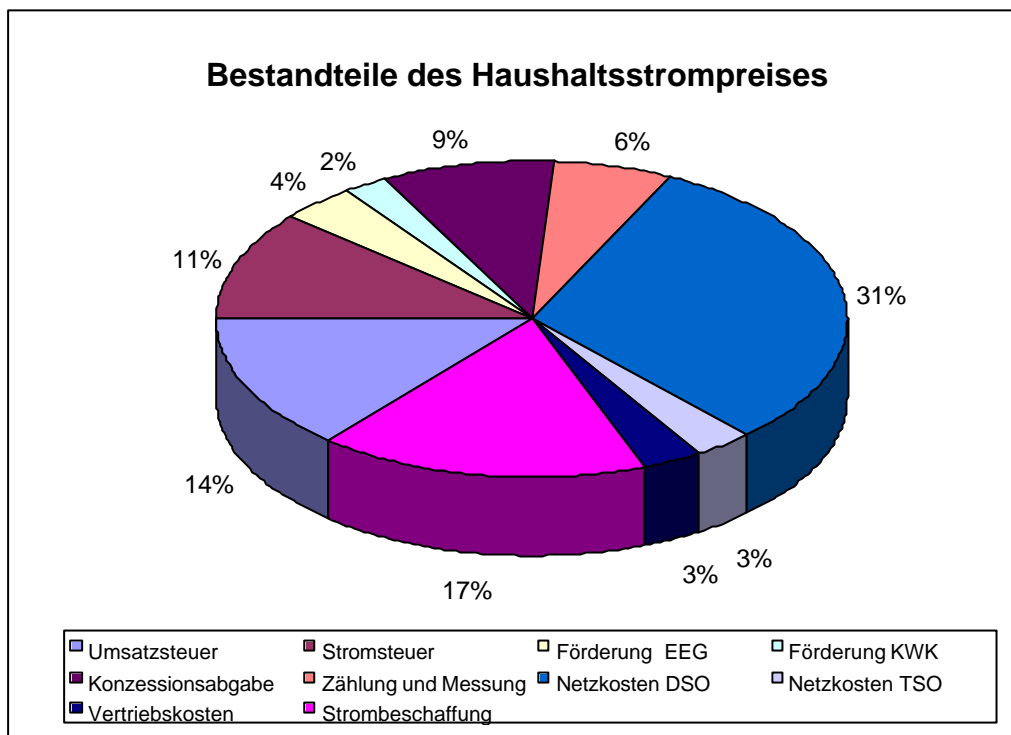
Neue Dynamik könnte entstehen, wenn erhebliche zusätzliche Gasmengen langfristig und zuverlässig auf den Markt kommen. Die großen Mineralölkonzerne sind seit Jahren bestrebt, das Gasgeschäft zu einem zweiten Standbein auszubauen und die regional zersplitterten Einzelmärkte als „zweiten Ölmarkt“ global zu ordnen. Bei hohen Ölpreisen und Erlösen stehen die Chancen gut, dass dies über verflüssigtes Erdgas (Liquified Natural Gas, LNG) gelingen kann. Damit würden die Karten neu gemischt.

Angesichts der zeitlichen Vorlaufzeiten für neue Pipelines oder Flüssiggasterminals und der massiven Investitionen ist damit kurzfristig nicht zu rechnen. Zudem sorgt die starke Nachfrage aus Asien und den USA (Kraftwerksgas, Gas als Rohstoff für die chemische Produktion) dafür, dass potentiell verfügbare bzw. erschließbare zusätzliche Flüssiggasmengen nicht exklusiv einem europäischen Markt zur Verfügung stünden, sondern weltweit angeboten würden. Die wichtigsten Lieferländer für uns, Norwegen und Russland, eröffnen sich via LNG bzw. neue Pipelineprojekte Absatzoptionen, die nicht zwingend Deutschland zugute kommen werden. Es ist daher fraglich, ob sich niedrigere Preise für den deutschen oder europäischen Verbraucher realisieren lassen würden.

11. Strompreis: In der Strompreisdiskussion dominieren neben den Primärenergie-trägerkosten die so genannten „politischen Kosten“, die für 40 Prozent der Stromkosten verantwortlich sein sollen. Aus der Grafik wird ersichtlich, dass 2004 für einen typischen Durchschnittshaushalt (3 Personen, 3500 kWh Jahresverbrauch) 40 Prozent der Netznutzungsentgelte als „politisch verursachte Kosten“ bezeichnet werden können. Neben der Umsatzsteuer (14 Prozent) sind dies die Stromsteuer (11 Prozent), Konzessionsabgaben (9 Prozent) sowie Kosten für die Förderung Erneuerbarer Energien (4 Prozent) und Kraft-Wärme-Kopplung (2 Prozent).

Aus der Grafik geht allerdings auch hervor, dass die Kosten der Stromerzeugung an den gesamten Stromkosten im vergangenen Jahr rund 17 Prozent ausmachen. Die Aufwendungen für den Brennstoff tragen – abhängig vom Kraftwerkstyp und Primärenergieträger – zwischen 30 und 60 Prozent (bei Atomkraft unter 20 Prozent) zu den Erzeugungskosten bei.

Mit Blick auf die Struktur der Stromkosten sind die öffentlich geschürten Schuldzuweisungen, die Förderpolitik für die Erneuerbaren Energien oder die Kraft-Wärme-Kopplung verursache die aktuellen Strompreiserhöhungen, nicht haltbar.



12. Wir sind für kostengünstige Preise, aber wenig realistisch sind die Erwartungen, dass sich schnell große **Preisspielräume** zugunsten der Verbraucher realisieren lassen. Weder durch die von uns eingeführte Regulierung der Netzentgelte und Verbesserung der Aufsicht über die Netzbetreiber, noch durch Begrenzungen der Fördervolumen für Erneuerbare oder KWK werden kurzfristig erhebliche Effekte auftreten.

Für gewerbliche und industrielle Kunden sieht dies anders aus, da eine andere Kostenstruktur vorliegt und eine oder beide Ebenen der Verteilungsnetzstufe entfallen, wodurch die Übertragungsebene an Kosten stark zunimmt. Für direkt an das Höchstspannungsnetz angeschlossene Großabnehmer sind die Übertragungsnetzentgelte wichtige Bestandteile ihrer Kostenkalkulation. Hier haben wir mit dem Energiewirtschaftsgesetz die Möglichkeit zu günstigeren Tarifen geschaffen. Vergleichbare Sonderregelungen, die der besonderen Wettbewerbssituation stromintensiver Unternehmen Rechnung tragen, bestehen auch bei EEG, KWK sowie Ökosteuern.

Fazit:

Wir haben 1998 die Weichen für eine moderne, eine effiziente und solare Energieversorgung gestellt. Sie ist alternativlos, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes langfristig zu sichern und neue Märkte zu schaffen. Die ökologische Modernisierung ist das Markenzeichen der Regierungszeit von Gerhard Schröder. Das Motto von Merkel und Co. heißt dagegen: Zurück in die Vergangenheit.